

Newsletter 4/2024
24. April 2024

Historische Abstimmung – Kosovos Durchbruch – ein Einhorn



Liebe Freunde,

noch vor zwei Monaten hatte niemand mit dieser historischen Abstimmung gerechnet:

131:29

Letzte Woche, am 16. April, sandte Europas führende Menschenrechtsinstitution aus Straßburg eine deutliche Botschaft an die Regierungen des gesamten Kontinents. Mit [131 zu 29 Stimmen](#) stimmten die Parlamentarier aus 46 europäischen Demokratien auf der Grundlage von vier detaillierten Berichten mit großer Mehrheit dafür, dass:

„Die Bestrebungen des Kosovo, dem Europarat beizutreten, positiv aufgenommen werden sollten“.

„Der Rechtsrahmen des Kosovo im Großen und Ganzen den Standards des Europarats entspricht und seine Verfassung ein sehr fortschrittliches Instrument ist.“

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) würdigte die „Fortschritte des Kosovo in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“. Sie forderte die 46 Regierungen der Mitgliedsstaaten des Europarates auf, das Kosovo beim nächsten Außenministertreffen [Mitte Mai 2024](#) aufzunehmen.

Dies wäre ein großer Erfolg für den Europarat. Vor 75 Jahren, als er im April 1949 in London gegründet wurde, hatte er zehn Mitglieder. Nach dem Beitritt des Kosovo würde er 47 Mitglieder haben und alle europäischen Demokratien umfassen.

Unter dunklen Wolken – in einer gefährlichen Welt

Noch vor zwei Monaten, Ende Februar 2024, sah sich das Kosovo sowohl einer wachsenden Bedrohung durch Serbien als auch wachsenden Spannungen mit seinen traditionellen Verbündeten gegenüber. Zu diesem Zeitpunkt hatten selbst glühende Befürworter eines Beitritts des Kosovo zum Europarat die Hoffnung aufgegeben, dass dies noch in diesem Jahr geschehen könnte.

Die Drohungen aus Serbien hatten sich seit Monaten verschärft. Im vergangenen Sommer, am 14. Juni 2023, entführten Spezialeinheiten der serbischen Polizei drei Beamte der kosovarischen Grenzpolizei und hielten sie zwölf Tage lang gefangen. Am 23. Juni stoppte die kosovarische Polizei im Norden des Kosovo ein serbisches Auto mit Waffen. Am 24. September 2023 griffen schwer bewaffnete serbische Paramilitärs die kosovarische Polizei im Norden des Kosovo an und töteten einen Polizisten. Die serbischen Paramilitärs verbarrikadierten sich daraufhin im orthodoxen Banjska-Kloster. Bei dem Schusswechsel mit der kosovarischen Polizei wurden drei der Angreifer erschossen.



Am 24. September 2023 im Norden des Kosovo [beschlagnete Waffen](#)

Nach diesem Angriff beschlagnahmten die Behörden des Kosovo eine große Anzahl moderner Waffen, die für die Ausrüstung von Dutzenden von Kämpfern ausreichten. Der Anführer der paramilitärischen Gruppe floh zurück nach Serbien. Am 3. Oktober erklärte EU-Kommissar Janez Lenarcic vor [dem Europäischen Parlament](#): „das Ausmaß dieser Operation [am 24. September] ist beispiellos. Die Menge der beschlagnahmten Waffen ist gewaltig ... die Lage im Norden des Kosovo ist äußerst ernst“. Am 9. Januar 2024 erklärte der britische Außenminister David Cameron vor [dem britischen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten](#):

„Wir haben ein sehr klares Bild von dem, was an diesem Tag [am 24. September] geschah ... Wenn man sich die Menge an Waffen und die Anzahl der Menschen ansieht, die in den Kosovo gebracht wurden, wenn diese Gruppe nicht durch die Operation das Kosovo-Polizei gestoppt worden wäre, hätte es eine Reihe von Angriffen auf die Wachen der kosovarischen Polizei gegeben, es hätte Barrikaden auf den Straßen gegeben ... sie hatten nicht nur Waffen, sie waren mit sehr schwerem Gerät ausgestattet.“



Anführer der serbischen Paramilitärs am 24. September 2023 im Kosovo und mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic

Der Anführer der paramilitärischen Gruppe wurde im Kloster gefilmt und konnte schnell identifiziert werden: Es war Milan Radoicic, der starke Mann von Nord-Mitrovica. Radoicic ist stellvertretender Vorsitzender der stärksten kosovo-serbischen politischen Partei *Serbische Liste* und ein Verbündeter des serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic. Milan Radoicic gab auf einer Pressekonferenz in Serbien zu, dass er den Angriff angeführt hatte. Er ist seit langem für Einschüchterung und [Gewalt gegen Serben im Kosovo](#) berüchtigt.

Am 3. Oktober 2023 stellte das US-Außenministerium fest, [dass es auch an der Grenze zum Kosovo einen alarmierenden serbischen Truppenaufbau gegeben habe](#): „Wir haben einen beispiellosen Aufmarsch von serbischer Artillerie, Panzern und mechanisierten Infanterieeinheiten entlang der Grenze zum Kosovo beobachtet. Und wir haben Serbien aufgefordert, seine Truppen von der Grenze zurückzuziehen“. Am selben Tag [erklärte Aleksandar Vucic](#) im Fernsehen, dass US-Außenminister Anthony Blinken von diesem Truppenaufmarsch beeindruckt gewesen sei:

„Bei diesem Telefonat konnte ich zum ersten Mal feststellen, dass er [*Blinken*] emotional war. Mir wurde klar, warum. Es ging nicht um die Zahl der dort anwesenden Soldaten ... Letztes Jahr hatten wir 14.000, und jetzt waren es 8.400 Soldaten ... Aber was sie dort verängstigt hat, äh, es ist dumm zu sagen, dass ein kleines Land wie Serbien irgendjemanden verängstigt, aber lassen Sie mich sagen, **was sie beunruhigt hat, ist, dass wir zum ersten Mal einige unserer hochentwickelten Waffen mitgebracht haben**. Wir haben nicht unsere üblichen Waffen, wie ein paar Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, an die Grenze gebracht. Wir haben modernere Waffen mitgebracht. Serbien hat in letzter Zeit erheblich an Stärke gewonnen.“

Trotz des Angriffs vom 24. September, trotz des getöteten kosovarischen Polizeibeamten, trotz der vielen illegalen Waffen, die gefunden wurden, und trotz der anhaltenden Straffreiheit für Radoicic in Serbien, der mit internationalem Haftbefehl gesucht wird, war es auffallend, dass die Beziehungen zwischen *dem Kosovo* und seinen traditionellen Partnern, den EU-Mitgliedstaaten und den USA, Anfang 2024 einen Tiefpunkt zu erreichen schienen.

Mitte Februar 2024 beklagten sich hochrangige US-Beamte öffentlich über eine [„Verschlechterung der Beziehungen“](#) zwischen dem Kosovo und den Vereinigten Staaten.

Auch die Beziehungen zur EU schienen angespannt. Am 14. Juni 2023, dem Tag der Entführung der drei kosovarischen Polizisten im Norden des Kosovo, kündigte die Europäische Kommission sogenannte „negative Maßnahmen“ (= [Sanktionen](#)) gegen das Kosovo an. Seitdem hat die Europäische Kommission nicht vorgeschlagen, diese „negativen Maßnahmen“ aufzuheben. Sie behielt sie auch nach dem Angriff vom 24. September bei. Sie behielt sie auch bei, nachdem das Europäische Parlament [im Oktober 2023](#) ihre Aufhebung gefordert hatte.

Unerwarteter Durchbruch

Dann geschah etwas, was nur wenige erwartet hatten. Die Regierung des Kosovo packte den Stier bei den Hörnern und beseitigte innerhalb weniger Tage alle Hindernisse auf dem Weg zum Beitritt zum Europarat.

Am 3. März 2024 sandte der kosovarische Premierminister Albin Kurti ein Schreiben an alle Mitglieder des Präsidiums der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) und deren Berichterstatterin, die ehemalige griechische Außenministerin Dora Bakoyannis, die den Antrag des Kosovo auf Mitgliedschaft im Europarat geprüft hatte. Kurti verpflichtete seine Regierung, „alle Schritte zu unternehmen, um PACE dabei zu unterstützen, auf der PACE-Sitzung im April [2024] eine positive Stellungnahme zu unserem Beitrittsantrag abzugeben“.

Am 13. März kündigte Kurti an, dass das wichtigste Hindernis, auf das die Rechtsexperten, die den Europarat in Bezug auf den Beitritt des Kosovo beraten, hingewiesen hatten, unverzüglich beseitigt werden würde: die Landfrage des Klosters Decani. Die Regierung übte Druck auf die Katasterbehörde des Kosovo aus, die sich jahrelang geweigert hatte, die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs und des Verfassungsgerichts umzusetzen, dies nun unverzüglich zu tun.

ESI-Memo zur Decani-Frage – 4. März 2024

[A monastery, Kosovo courts and the Council of Europe](#)

Dies war ein Durchbruch. Am 20. März bestätigte das Kloster Decani, dass es die Katasterunterlagen für sein gesamtes umstrittenes Land erhalten hatte. Es dankte der Berichterstatterin des Europarats.



Dečani Monastery ✓
@DecaniMonastery

...

Today, Dečani #Monastery received an extract from the KS Central Cadastre, including the existing land & the 24 ha, restored by the KS Const. Court in 2016. The Diocese and the Monastery extend special thanks to Ms. Dora Bakoyannis for her kind assistance



THE LAND OF THE VISOKI DEČANI MONASTERY REGISTERED IN THE KOSOVO CADASTRE | ...

From eparhija-prizren.com

11:45 AM · Mar 20, 2024 · 15.1K Views

Als nächstes unternahm die Regierung des Kosovo eine beispiellose diplomatische Offensive bei allen wichtigen Akteuren im Europarat. Am 22. März sandten die Präsidentin, der Premierminister und der Parlamentspräsident des Kosovo ein gemeinsames Schreiben an PACE-Berichterstatteerin Dora Bakoyannis, in dem sie ihre eigenen Institutionen verpflichteten, *alle* festgestellten Menschenrechtsprobleme zu lösen.

In this context, taking into account and on the basis of Kosova's constitutional law, we would like to take this opportunity to inform you that we will faithfully honor the list of commitments indicated in Appendix I of your letter dated 21 March 2024 upon Kosova becoming a member state to the Council of Europe.

We thank you for your collaboration as we wait to enhance our cooperation through full membership to the Council of Europe.

Sincerely,

Vjosa Osmani Sadriu
President of the
Republic of Kosova

Albin Kurti
Prime Minister of the
Republic of Kosova

Glauk Konjufca
Speaker of the Assembly
of the Republic of Kosova

To: Dora Bakoyannis, Rapporteur
Committee on Political Affairs and Democracy, PACE

In dem gemeinsamen Schreiben wurden alle von PACE aufgeworfenen offenen Fragen angesprochen, darunter auch die Frage eines *Verbands der Gemeinden mit serbischer Mehrheit* (ASM). Die Staats- und Regierungschefs des Kosovo versprachen, „so bald wie möglich“ substantielle und greifbare Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen:

As regards human rights and protection of non-majority communities:

- ensure the effective implementation of the legal framework for the protection of national minorities;
- take substantial and tangible steps with a view to implementing all articles of the Brussels and of the Ohrid Agreements which includes establishing the Association of Serb majority municipalities as soon as possible;



[Pariser Beschluss zum Kosovo](#), 27. März 2024

Nach dem Durchbruch von Decani und dieser Verpflichtungserklärung fand am 27. März eine erste historische Abstimmung im PACE-Ausschuss für politische Angelegenheiten in Paris statt. Hier stimmten 31 Mitglieder des PACE-Ausschusses für den Bakoyannis-Bericht, der die Aufnahme des Kosovo in den Europarat empfahl. Nur 4 stimmten dagegen (zwei aus Serbien, je einer aus Montenegro und Bosnien und Herzegowina).



[Straßburger Entscheidung zum Kosovo](#), 15. April 2024

Am 15. April stimmten zwei weitere PACE-Ausschüsse, der Ausschuss für Gleichstellung und [Nichtdiskriminierung](#) und der [Ausschuss für Recht](#) und Menschenrechte, ebenfalls über den

Kosovo ab, dieses Mal in Straßburg. Dies gab weiteren Auftrieb: Beide empfahlen den Beitritt des Kosovo. Die Entscheidung im Rechtsausschuss fiel einstimmig aus, nachdem die serbischen Mitglieder vor der Schlussabstimmung die Sitzung verlassen hatten.

Damit war der Weg frei für den großen Showdown in der PACE-Plenarsitzung am Nachmittag des 16. April in Straßburg. Der Abstimmung ging eine intensive und lange Debatte voraus, in der sich ein Redner nach dem anderen erhob, um den Bericht von Bakoyannis und die Empfehlung der drei PACE-Ausschüsse zur Aufnahme des Kosovo zu unterstützen: Christdemokraten, Liberale, Sozialdemokraten, Grüne; darunter Parlamentarier aus Griechenland, Rumänien, Deutschland, der Ukraine, Italien und Armenien. Wie ein deutsches PACE-Mitglied, [Knut Abraham \(CDU\)](#), es ausdrückte:

„Ich hoffe heute auf eine starke Unterstützung in der Versammlung. Damit senden wir auch eine starke Botschaft, ein starkes Signal an das Ministerkomitee, im Mai eine positive Entscheidung über die Mitgliedschaft des Kosovo zu treffen. Ich werde diese Botschaft persönlich nach Berlin überbringen, und ich hoffe, dass Sie alle diese Botschaft in Ihre nationalen Hauptstädte tragen werden.“

Lassen Sie mich ein zentrales Thema hervorheben: den Schutz der Minderheiten im Kosovo, insbesondere der serbischen Minderheit im Kosovo. Es macht keinen Sinn, ihnen den Zugang zu den Instrumenten zu verwehren, die diese Institution bieten kann: Berichterstatter, Beobachter und vor allem der bedeutendste Menschenrechtsgerichtshof der Welt, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte.“

Ein weiteres deutsches Mitglied, [Frank Schwabe \(SPD\)](#), argumentierte:

„Das Ministerkomitee, die Regierungen, haben uns um eine Stellungnahme zu dem Antrag des Kosovo auf Mitgliedschaft in dieser Organisation gebeten. Wir werden unsere Antwort, eine klare Antwort, heute geben. Es ist eine klare Botschaft. Es gibt also keinen Grund, im Mai [2024] auf dem Ministertreffen nicht über diesen Antrag zu entscheiden.“

Dieser Europarat mit seinen eigenen Werten und Regeln hat seine eigene Würde. Bitte vermischen Sie ihn nicht mit anderen Institutionen. Wir sind nicht die Europäische Union. Wir sind nicht die Quint-Gruppe [USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien]. Sie haben ihre Gründe, aber wir haben unsere Gründe. Wir sind stolz darauf, dass wir mit unserer Berichterstatterin etwas erreichen konnten, was andere bisher nicht erreichen konnten.“

Die [abschließenden Worte der serbischen sozialistischen Abgeordneten Dunja Simonovic Bratic](#) überzeugten die anderen Abgeordneten nicht: „Bitte merken Sie sich meine Worte, denn sie sind die Worte des gesamten serbischen Volkes: Kosovo war Serbien, Kosovo ist Serbien und Kosovo wird immer Serbien sein.“ Bemerkenswerterweise sprachen sich Abgeordnete aus vielen Ländern, die den Kosovo noch nicht einmal anerkannt haben – Griechenland, Rumänien, Ukraine, Armenien – *für den* Beitritt des Kosovo aus und stimmten dafür. Dies führte zu dem bemerkenswerten Ergebnis von 131 Stimmen für den Beitritt und nur 29 Gegenstimmen.



Knut Abraham für, Dunja Simonovic Bratic gegen den Beitritt des Kosovo – Straßburg

[Protokoll einer historischen Debatte – 16. April 2024](#) (Englisch)

Der Ball liegt nun bei den 46 im Ministerkomitee vertretenen Regierungen. Sie hatten 2023 um eine Stellungnahme von PACE gebeten. Sie haben eine klare Antwort erhalten. Für die Aufnahme des Kosovo sind 31 Ja-Stimmen erforderlich. Nun muss auf der Jahrestagung der Minister am 16. und 17. Mai darüber abgestimmt werden.

Aber wird es das? Nicht, wenn Serbiens Präsident Vucic seinen Willen bekommt. Der serbische Präsident hat offen geschworen, alles zu tun, um den Beitritt des Kosovo zum Europarat zu verhindern.

Ein Brief aus Belgrad *oder* wie Serbien den Streit verliert

Am 12. April, vier Tage vor der großen PACE-Abstimmung, schickte der serbische Präsident Aleksandar Vucic viele lange und verärgerte Briefe an die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Europarates, in denen es, wie er es ausdrückte, um den „Antrag des sogenannten Kosovo auf Mitgliedschaft im Europarat“ ging.

In diesen Briefen führt Vucic fünf Argumente an: Das Kosovo hat die Standards des Europarats nicht erfüllt; im Kosovo herrscht Staatsterror gegen Serben; der Beweis für diesen Terror ist ein starker Rückgang der Zahl der Kosovo-Serben; der Verweis auf die „Bedingungen nach dem Beitritt“ im Bakoyannis-Bericht ist Betrug; und *bevor überhaupt etwas anderes geschieht*, muss im Kosovo zunächst eine *Gemeinschaft von Gemeinden mit serbischer Mehrheit* gegründet werden. Mit diesen Argumenten appelliert Vucic an die europäischen Staats- und Regierungschefs, die Abstimmung über den Beitritt des Kosovo zu verschieben, in der Hoffnung, dass die Abstimmung auf diese Weise nie stattfinden wird, PACE für seine Unterstützung des Kosovo gedemütigt wird und sich sein Votum und seine Empfehlung als irrelevant erweisen.

Erfüllung der Normen des Europarats

In seinen Briefen argumentiert Vucic, dass das Kosovo die Menschenrechtsstandards des Europarats nicht erfüllt hat, und verweist auf die Stellungnahme „einschlägiger Gremien“:

„Ich halte es für wichtig, Ihnen mitzuteilen, dass die zuständigen Gremien des Europarats ... *bis vor kurzem* entschieden unterstrichen haben, dass der sogenannte Kosovo diese Standards nicht erfüllt.“

Als Vucic dies am 12. April schrieb, waren die [renommierten Juristen](#), die PACE im November 2023 in dieser Frage berieten, sowie der Berichterstatter und der Politische Ausschuss von PACE in Paris *bereits* zu dem Schluss gekommen, dass das Kosovo diese Standards erfüllt. Vier Tage nach dem Schreiben von Vucic fanden am 15. und 16. April die Abstimmungen in Straßburg statt. Mit diesen Abstimmungen waren alle „zuständigen Gremien des Europarats“ zu demselben Schluss gekommen, nämlich dass das Kosovo für den Beitritt bereit sei. Es gibt kein einschlägiges Gremium des Europarats, das etwas anderes empfiehlt. Wenn man also auf die „zuständigen Gremien“ hört, muss man den Beitritt des Kosovo jetzt *unterstützen*.

„Terror“

Das zweite Argument von Vucic betrifft den „Terror im Kosovo“:

„Das sogenannte Kosovo führt eine Kampagne weit verbreiteter, gut geplanter und systematischer, ethnisch motivierter Angriffe gegen die serbische Zivilbevölkerung durch, mit dem Ziel, das Verbrechen der Vertreibung der Serben als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen.“

Wie, so fragt Vucic, könne man über die Aufnahme des Kosovo diskutieren, wenn dessen Regierung „weit verbreitete, gut geplante und systematische“ Gewalt ausübe? Die Tatsache, dass keiner der Berichterstatter des Europarats Beweise für eine solche „systematische Gewalt“ oder für das schwere Verbrechen der ethnischen Säuberung gefunden hat, ignoriert er. Ebenso wie die Tatsache, dass keine der vielen internationalen Missionen mit Personal vor Ort im Kosovo – von der KFOR bis zur EULEX (der EU-Rechtsstaatlichkeitsmission), von der UNMIK bis zur OSZE – in den letzten Jahren in einem ihrer zahlreichen Berichte solche weit verbreiteten Angriffe, „ethnische Säuberungen“, oder albanischen „Terror“ gesehen oder beschrieben hat.

Vucics Quellen scheinen serbische Boulevardzeitungen zu sein. Man kann davon ausgehen, dass auch die serbische Regierung weiß, dass sie Desinformationen verbreitet, wenn ihre Minister den Botschaftern in Belgrad mitteilen, dass in den letzten Jahren eine große Zahl von Kosovo-Serben im Kosovo infolge ethnischer Feindseligkeit oder staatlicher Repression getötet wurde. Offizielle Polizeistatistiken zeigen, dass von Anfang 2021 bis Ende 2023 76 Menschen im Kosovo ermordet wurden. Drei von ihnen waren Serben. Alle drei wurden von Serben getötet (dazu kommen die drei Mitglieder der serbischen paramilitärischen Gruppe, die bei der Schießerei mit der kosovarischen Polizei nach ihrem Angriff am 24. September 2023 starben).



„Er [Kosovo-Premierminister Kurti] will die Serben ethnisch säubern.“ (25. September 2023)
 “Letzter Akt: Kurti beschleunigt die ethnische Säuberung der Serben im Kosovo“
 (26. September 2023)

Und doch sind solche Lügen gefährlich. Am 6. Juli 2023 erklärte der serbische Präsident Aleksandar Vucic öffentlich, dass die NATO und die UN vierzehn Tage Zeit hätten, um die Polizeikräfte des Kosovo zu entwaffnen und die Kosovo-Serben vor den laufenden albanischen „Pogromen und ethnischen Säuberungen“ zu schützen. Andernfalls müsse dies „jemand anderes“ tun. Das Fehlen von Beweisen hat nicht verhindert, dass solche aufwiegenden Behauptungen aufgestellt werden. Mit der Erfindung von Verbrechen wie der „systematischen Vertreibung“ rechtfertigt der serbische Präsident präventiv eine serbische Militärintervention im Kosovo zum „Schutz der Serben“. Wo Pogrome erfunden werden, folgt meist Gewalt.



Rückkehr der serbischen Paramilitärs in den Norden des Kosovo, 24. September 2023

Die verschwindende serbische Gemeinschaft

Vucic hält sich nicht mit falschen Behauptungen über Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf. Er argumentiert in seinen Briefen auch, dass das Kosovo nicht dem Europarat beitreten

darf, weil (sic): „MEHR ALS 15 % DER SERBISCHEN BEVÖLKERUNG DAS SOGENANNT KOSOVO VERLASSEN HABEN“.

Vucic hat diese Behauptungen schon früher aufgestellt. Am 5. Oktober 2023 erklärte er, dass aufgrund des „albanischen Terrors“ 11 Prozent der Kosovo-Serben das Kosovo seit Anfang 2021 verlassen hätten. Am 8. Februar 2024 sprach Vucic vor dem UN-Sicherheitsrat von „14 Prozent“, die in nur einem Jahr das Land verlassen hätten. Jetzt sind es mehr als 15 Prozent, und zwar in einem nicht näher bezeichneten Zeitraum. Er behauptet nicht einfach, dass die Serben das Kosovo in großer Zahl verlassen, sondern dass dies das Ergebnis einer staatlichen Politik sei, die unerträgliche Lebensbedingungen schaffe; dass *die Regierung des Kosovo daran schuld* sei.

Um diese Debatte auf eine solide Grundlage zu stellen, hat ESI dieses Argument in einem kürzlich erschienenen Papier untersucht:

ESI-Hintergrundpapier:
[Invented pogroms – Statistics, lies and confusion in Kosovo](#)
 (19. Februar 2024)

Offizielle Daten der Verwaltung aus serbischen (!) öffentlichen Quellen offenbaren nämlich eine verblüffende Realität. Ja, es *gab* einen dramatischen Bevölkerungsrückgang von 2002 bis 2024 um etwa 22 Prozent: von etwa 129.000 Menschen auf 100.000. Die Zahl der Grundschüler ist in den zwei Jahrzehnten von 2004 bis 2024 sogar noch stärker zurückgegangen, nämlich um rund 26 Prozent. Wenn sich diese Trends fortsetzen, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die serbische Gemeinde irgendwann verschwindet. Dies *ist* ein ernstes Problem.

Extrapolation Kosovo Serb population based on primary school pupils

Year	Pupils	Population
2004	14,368	128,000
2023	10,700	95,000

This backs up the number provided by Srpska Lista: The numbers quoted by the Serbian government for 2002 and by Srpska Lista for 2024 make sense. We therefore use them as the best we have available:

Serb resident population in Kosovo (according to Serbian sources)

Year	Total
2002	129,000
2024	100,000

Quellen und Fakten: [Invented pogroms](#) (2024)

Es gibt jedoch einen regionalen Kontext für diese Entwicklung. Von 2002 bis 2022 ging die Bevölkerung Serbiens um 851.000 Menschen zurück, von etwa 7,5 auf 6,6 Millionen, also um 11 Prozent. Die Entwicklung in den 25 Verwaltungsbezirken Serbiens (serbisch: „okrug“) zeigt, dass in 13 von 25 Bezirken ein Rückgang von mindestens 20 Prozent zu verzeichnen war. In 8 (!) Bezirken Serbiens mit einer Gesamtbevölkerung von einer Million Menschen im Jahr 2022 ist der Bevölkerungsrückgang sogar noch größer als bei den Kosovo-Serben. Betrachtet man die serbischen Bezirke, die an das Kosovo angrenzen, so stellt man fest, dass diese mit einer Gesamtbevölkerung von 662.000 im Jahr 2022 167.000 Menschen oder 20 Prozent verloren haben.

Population decline in Serbian districts bordering Kosovo

Districts	Population 2002	Population 2022	Decline in %
Pcinja	227,690	193,802	15
Rasina	259,441	207,197	20
<i>Kosovo Serbs</i>	129,000	~ 100,000	22
Jablanica	240,923	184,502	23
Toplica	102,075	77,341	24

Noch auffälliger ist die Situation, wenn man die Situation von Kindern und Jugendlichen betrachtet. Der Rückgang der Zahl der serbischen Grundschüler im Kosovo ist dramatisch (26 Prozent). Betrachtet man jedoch die 25 Bezirke in Serbien, so zeigt sich, dass die Zahl der Schüler in 22 von 25 (!) Bezirken stärker zurückgegangen ist als in den serbischen Schulen im Kosovo. Und die Zahl der Schüler in der mehrheitlich serbischen Entität in Bosnien und Herzegowina, einer Einheit innerhalb eines föderalen Staates mit erheblichen Befugnissen, ist sogar noch stärker zurückgegangen. In den Schulen der *Republika Srpska* ging die Zahl der Schüler in weniger als zwei Jahrzehnten um 32 Prozent zurück. Hier heißt der Präsident Milorad Dodik und nicht Vjosa Osmani.

Das Gesamtbild ist eindeutig: Die offiziellen Verwaltungsdaten zeigen einen Rückgang der serbischen Bevölkerung sowohl in Serbien als auch im Kosovo und noch stärker in Bosnien. Am dramatischsten ist der Rückgang in den Randregionen, wie dem Süden Serbiens (an der Grenze zum Kosovo). Die Frage, die sich den politischen Entscheidungsträgern in Belgrad, Banja Luka und Nord-Mitrovica stellt, ist, wie eine solch katastrophale Dynamik überwunden werden kann, die die anhaltende Isolation und wirtschaftliche Rückständigkeit Serbiens, der *Republika Srpska* und des Kosovo noch verstärkt.

Den Kosovo und seine serbische Minderheit aus den internationalen Institutionen, die sich dem Schutz ihrer Menschenrechte verschrieben haben, herauszuhalten, ist ein bizarrer Versuch, diesen Trend umzukehren. Sicher ist, dass die Rhetorik über erfundene Pogrome diesen Bevölkerungsrückgang eher beschleunigen als umkehren wird. Das Gleiche gilt für die Angst vor einem möglichen bewaffneten Konflikt.

Post-Beitrittsbedingungen als Farce?

In seinem Schreiben an die Staats- und Regierungschefs der EU führt Vucic ein viertes Argument an. Er warnt, dass allein der Gedanke im Bakoyannis-Bericht, das Kosovo habe sich verpflichtet, einige Dinge *nach dem* Beitritt zum Europarat umzusetzen, inakzeptabel sei. Warum, so fragt Vucic, spreche PACE von „Bedingungen für die Zeit nach dem Beitritt“?

„Natürlich ist es absolut klar, dass dieser hybride Ausdruck bedeutet, dass es eigentlich keine Bedingungen gibt ... dieses Konzept untergräbt direkt die Glaubwürdigkeit des Europarates und bezieht sich eigentlich darauf, dass das sogenannte Kosovo im Grunde keine Verpflichtungen haben wird ...“

Dies wirft eine interessante Frage auf. Wie sieht der Präsident Serbiens die Mitgliedschaft im Europarat? Sobald ein Land der Institution beigetreten ist, verschwinden alle Druckmittel und *es gibt keine wirklichen Bedingungen mehr?* (Serbien trat dem Europarat im Jahr 2002 ebenfalls mit Bedingungen für die Zeit nach dem Beitritt bei: [PACE-Stellungnahme 239](#)).

Dieses Argument suggeriert, dass die Arbeit von PACE oder des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und dessen Urteile, wie sie nach dem Beitritt ergehen, sinnlos sind. Es ist ein Akt der Verzweiflung, den die Mitglieder des Ministerkomitees nicht ernst nehmen können.

Ein Verband serbischer Gemeinden

Zusammengefasst: Angesichts der Tatsache, dass ...

... alle „relevanten Gremien des Europarates“ den Beitritt des Kosovo empfehlen.

... Behauptungen über systematischen Terror gegen Kosovo-Serben auf keinerlei Beweisen beruhen.

... öffentlicher „Terror“ daher nicht den Bevölkerungsrückgang des Kosovo-Serben erklärt.

... und der Begriff der „Post-Beitritts-Bedingungen“ auf der festen Erwartung beruht, dass der Beitritt zum Europarat dem Schutz der Menschenrechte dienlich *ist* ...

... welche Argumente bleiben übrig, um die Mitgliedsstaaten davon zu überzeugen, der PACE-Empfehlung *nicht* zu folgen und im Mai dieses Jahres für den Beitritt des Kosovo zum Europarat zu stimmen und damit seiner gesamten Bevölkerung, einschließlich der serbischen Minderheit, die Vorteile des fortschrittlichsten Menschenrechtsschutzsystems der Welt zu bieten?

Es *gibt* noch ein weiteres Argument. Es ist der Zauberstab der öffentlichen Diplomatie von Vucic. In seinen Briefen an die Staats- und Regierungschefs ist es ebenfalls in Großbuchstaben geschrieben: Das Kosovo hat es versäumt, „die wichtigste Frage zu klären – die Bildung einer Gemeinschaft der Gemeinden mit serbischer Mehrheit (CSM – *Community of Serb-majority municipalities*)“. Dies ist ein bekanntes Argument, das häufig vorgebracht wird und zutiefst irreführend ist.

Erstens, weil Serbien *selbst dann, wenn* das Kosovo der Gründung einer solchen Gemeinschaft zustimmen würde, mit ziemlicher Sicherheit immer noch gegen einen Beitritt des Kosovo zum Europarat wäre und eine Kampagne dagegen führen würde. Vor allem aber, weil das, was Vucic zu wollen *behauptet*, keine kosovarische Regierung leisten kann. Seine Forderung nach einer GEMEINSCHAFT DER SERBISCHEN GEMEINSCHAFTEN (CSM), die ihm vorschwebt, ist eine Falle für die Regierungen des Kosovo und die internationalen Vermittler gleichermaßen.

Beginnen wir mit der grundlegenden Frage: Was ist eine *Gemeinschaft von Gemeinden mit serbischer Mehrheit (CSM)*? Das serbische Wort für „Gemeinschaft“ (das auch hier verwendet wird) ist *zajednica*. Gibt es irgendwo anders eine solche „Gemeinschaft“ (*zajednica*) von Gemeinden, die man sich ansehen könnte, um besser zu verstehen, worüber wir hier sprechen? Ja, und zwar in unmittelbarer Nachbarschaft.



ZAJEDNICA OPŠTINA CRNE GORE
UNION OF MUNICIPALITIES OF MONTENEGRO

Union (Zajednica) der Gemeinden in Montenegro = ein Verband

In Montenegro, dem Nachbarland Serbiens, gibt es die *Zajednica Opština Crne Gore*. Im Englischen wird sie gewöhnlich mit „Union of Municipalities of Montenegro“ übersetzt, aber auf Serbisch/Montenegrinisch könnte man das Wort auch mit „Gemeinschaft der Gemeinden von Montenegro“ übersetzen. Aber hier werden die Dinge interessant. Rechtlich gesehen ist die montenegrinische *Zajedinca* ein zivilrechtlicher *Verein*, wie alle anderen *Vereinigungen dieser Art in ganz Europa*.

Dies ist auch das, was PACE im Fall des Kosovo gefordert hat: die Schaffung eines Verbands der Gemeinden mit serbischer Mehrheit. Es sei darauf hingewiesen, dass in der letzte Woche verabschiedeten PACE-Stellungnahme nirgendwo von einer *Gemeinschaft der Gemeinden mit serbischer Mehrheit* (CSM) die Rede ist, sondern eine klare Aussage gemacht wird, dass es einen *Verband der Gemeinden mit serbischer Mehrheit* (ASM – *Association of Serb-majority municipalities*) geben sollte.



*Ist eine Gemeinschaft von Gemeinden dasselbe wie ein Verband von Gemeinden?
Und wenn nicht, ist es überhaupt eine Sache?*

Die Juristen, die sich in ihrem Bericht für PACE vom November 2023 mit diesem Thema befassten, verwendeten dieselbe Sprache und schrieben nur von einem *Verband der Gemeinden mit serbischer Mehrheit* (ASM).

5. The issue of the Association of Serb majority municipalities

67. The issue of the establishment of an association of Serb municipalities has been a main source of tensions between Serbia and Kosovo and between the Kosovo authorities and the Serbian community.

[Aus dem Eminent Lawyers Report](#) (November 2023)

Die Juristen gehen ausführlich auf den Zusammenhang zwischen der Forderung nach einer ASM und den Normen des Europarats ein und merken an:

„Die Standards des Europarates im Bereich der Dezentralisierung und der effektiven Beteiligung von Minderheiten sind im vorliegenden Fall relevant und beinhalten vor allem die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung.“

Die Juristen verweisen auf Artikel 10 der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, der allen lokalen Gebietskörperschaften das Recht einräumt, sich zusammenzuschließen:

„1. Die *kommunalen Gebietskörperschaften sind bei der Ausübung ihrer Zuständigkeiten berechtigt, zusammenzuarbeiten* und im Rahmen der Gesetze Verbände zu bilden, um Aufgaben von gemeinsamem Interesse durchzuführen.

2. *Das Recht der kommunalen Gebietskörperschaften, einer Vereinigung zum Schutz und zur Förderung ihrer gemeinsamen Interessen anzugehören, und ihr Recht, einer internationalen Vereinigung kommunaler Gebietskörperschaften anzugehören, werden von jedem Staat anerkannt.*“

Das macht durchaus Sinn. Und im Europarat weiß jeder, was eine *Vereinigung* ist. Die Vereinigungsfreiheit ist ein zentrales Recht in der Europäischen Menschenrechtskonvention. In [Artikel 11](#) dieser Konvention heißt es:

„Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen, einschließlich des Rechts, zum Schutze ihrer Interessen Gewerkschaften zu bilden und diesen beizutreten.“

Aus diesem Grund kommt die PACE-Stellungnahme zu dem Schluss:

„Die Versammlung *betrachtet die Gründung des Verbandes der Gemeinden mit serbischer Mehrheit als einen wichtigen Schritt* und einen Weg zur Förderung der demokratischen Teilhabe und Stärkung der Serben im Kosovo sowie zur Sicherstellung des Schutzes ihrer Rechte. Die Versammlung ist der Ansicht, dass die *Gründung eines Verbandes* bei der künftigen Prüfung des Antrags des Kosovo auf Beitritt zum Europarat durch das Ministerkomitee als eine Verpflichtung des Kosovo für die Zeit nach dem Beitritt berücksichtigt werden sollte.“

So weit, so klar: Gemeinden in europäischen Demokratien haben das Recht, Gemeindeverbände zu gründen und ihnen beizutreten. Die [Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung](#), ein Dokument des Europarats von 1985, bestätigt dies. Auf dem Balkan gibt es viele solcher Verbände. Die Gemeinden im Kosovo haben das gleiche Recht. Es gibt ein kosovarisches Gesetz über Vereinigungen. Auch im Kosovo gibt es einen Verband der Gemeinden (ASM).

Einige bestehende Gemeindeverbände in den westlichen Balkanländern

- Albanischer Verband der Gemeinden
- Verband der Gemeinden und Städte der Föderation von Bosnien und Herzegowina
- Verband der Gemeinden und Städte der Republik Srpska (Union of Municipalities and Cities of the Republic of Srpska)
- Verband der Gemeinden von Montenegro
- Vereinigung der Einheiten der lokalen Selbstverwaltung der Republik Nordmazedonien
- Ständige Konferenz der Städte und Gemeinden – Nationaler Verband der lokalen Behörden in *Serbien*
- Verband der Gemeinden des Kosovo.

Doch jetzt wird es interessant: **Nichts hindert eine oder alle der zehn mehrheitlich serbischen Gemeinden im Kosovo daran, ihren eigenen Verband der mehrheitlich serbischen Gemeinden zu gründen.** Dazu brauchen sie weder die Erlaubnis der kosovarischen Regierung noch der serbischen Regierung, der Botschafter in Pristina oder des Europarats. Sie können dies *jetzt* tun.

Die Vereinigungsfreiheit ist ein *Recht*, dessen Ausübung keine staatliche Genehmigung erfordert.

All dies wird in dem [Bericht der renommierten Juristen](#) klar zum Ausdruck gebracht. Der Bericht unterstreicht dies:

„... in Anlehnung an nationale und europäische Rechtsnormen **sollte es möglich sein, sinnvolle, vereinbarte Formen der Assoziierung für Gemeinden mit serbischer Mehrheit zu finden.**

Einige Gesprächspartner äußerten die Befürchtung, dass eine solche Vereinigung zu einem Instrument der serbischen Behörden werden könnte, um im Kosovo zu intervenieren, und dass sie angesichts der derzeitigen Lage im Norden des Kosovo und in der Entität Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina sogar für separatistische Zwecke genutzt werden könnte.

Es ist legitim zu verlangen, dass die Satzung der Vereinigung mit den Rechtsvorschriften des Kosovo in Einklang steht. Das Kosovo ist auch nicht verpflichtet zu akzeptieren, dass einer solchen Vereinigung Befugnisse übertragen werden, die normalerweise den zentralen Behörden zustehen. Die Übertragung zusätzlicher Befugnisse durch die Zentralbehörden ist natürlich möglich, wenn die Parteien zustimmen. **Der Umfang der Befugnisse der Gemeinden ist in jedem Fall recht weit gefasst,** und nach den Rechtsvorschriften des Kosovo verfügen einige serbische Gemeinden auf der Grundlage des Ahtisaari-Vorschlags über erweiterte Befugnisse im Bereich der sekundären Gesundheitsversorgung und des Bildungswesens, und alle Gemeinden mit serbischer Bevölkerungsmehrheit haben erweiterte Befugnisse im Bereich der Kultur.“

Die renommierten Juristen kamen zu dem Schluss:

„**Es scheint keinen rechtlichen Grund zu geben, warum diese Gemeinden nicht in der Lage sein sollten, auf freiwilliger Basis die Ausübung ihrer Zuständigkeiten zu koordinieren und in geeigneten Fällen die Ausübung dieser Zuständigkeiten zu bündeln,** wobei einer solchen Bündelung natürlich Grenzen gesetzt sind, da die mehrheitlich serbischen Gemeinden im Süden kein zusammenhängendes Gebiet haben. Dieser Ansatz steht im Einklang mit dem Ahtisaari-Plan, der vorsieht, dass „kommunale Zuständigkeiten im Bereich ihrer eigenen und erweiterten Zuständigkeiten durch kommunale Partnerschaften wahrgenommen werden können.“

Es ist aber auch klar, dass in den Mitgliedsstaaten des Europarates Gemeindeverbände **nirgendwo von Regierungen gegründet werden.** Die Verbände werden von denjenigen gegründet, die sich zusammenschließen wollen. Die Gesetzgebung des Kosovo lässt dies bereits zu. Warum also geschieht das nicht?

Hier öffnet sich Vucics Falle.

Ein politisches Einhorn

Aleksandar Vucic hat die internationalen Vermittler dazu gebracht, zu *vergessen*, was im Ahtisaari-Plan (der Grundlage für die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch die internationalen Vermittler im Jahr 2008), in der Verfassung des Kosovo, in der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und in der Europäischen Menschenrechtskonvention steht und gefordert wird. Er hat endlos wiederholt, dass diese spezielle „Vereinigung/Gemeinschaft“ *völlig einzigartig* sein muss, *sui generis*, anders als alle anderen Vereinigungen dieser Art. Und er wiederholte immer wieder, dass sie von der *Regierung des Kosovo* per Dekret eingeführt werden muss.

Die Vorstellung, dass eine nationale Regierung *von oben herab* autonome Einheiten der kommunalen Selbstverwaltung *assoziiieren* sollte, insbesondere in einem Fall, der eine nationale Minderheit betrifft, und zwar bis zu dem Punkt, dass sie den Gemeinden ihre ausschließlichen Befugnisse nimmt und ihre verfassungsmäßigen Rechte ignoriert, ist bizarr. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten dies nicht verlangen. Vielmehr sollten sie sich auf der Grundlage der Normen des Europarats, die auch für den Kosovo gelten, dagegen aussprechen. Der einzige legitime Weg zur Schaffung einer ASM liegt bei den Gemeinden mit serbischer Mehrheit, die sich zusammenschließen wollen. Aber wollen sie das? Seit 2013 wurde kein Vorschlag für einen ASM vorgelegt, der den Standards des Europarats entspricht. Die Gemeinden mit serbischer Mehrheit müssen der kosovarischen Regierung keinen Satzungsentwurf vorlegen. Sie könnten, wenn sie wollten, einen Entwurf erstellen (der der kosovarischen Verfassung und dem Gesetz über die lokale Selbstverwaltung entspricht) und die Eintragung gemäß dem Vereinsgesetz beantragen. Sie können ihre Vereinigung sogar als Gemeinschaft/Zajednica bezeichnen, wie in Montenegro. Gemeinden mit serbischer Bevölkerungsmehrheit haben dieses Recht. Sie müssen es nur ausüben.

Stattdessen hat der serbische Präsident in einem erstaunlichen Fall von politischer Hypnose viele dazu gebracht, zu glauben, dass:

Erstens, es so etwas wie einen von oben verordneten Gemeindeverband *gibt*. **Das ist ein politisches Einhorn**, das es nirgendwo sonst in Europa gibt.

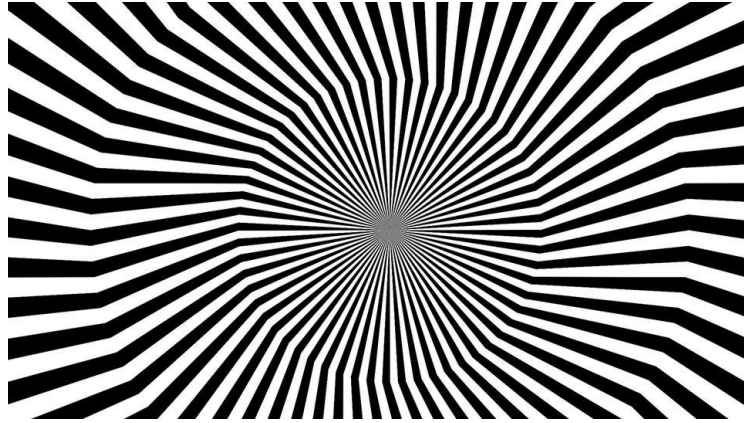
Zweitens, es ihm obliegt, *im Namen dieser Gemeinden* zu beurteilen, was ein akzeptabler ASM ist, da es *in den vier Gemeinden mit serbischer Mehrheit im Norden seit Ende 2022 keine gewählten serbischen Führungspersonlichkeiten mehr gibt*. Diese lokalen Führungspersonlichkeiten sind zurückgetreten und haben seitdem Neuwahlen boykottiert. Ohne gewählte lokale Führungspersonlichkeiten, die eine Vereinigung wollen, ist die Einrichtung einer Vereinigung nach den Standards des Europarats unmöglich.

Drittens, die Regierung des Kosovo verpflichtet ist, diese Einheits-ASM zu schaffen. Und dass sie es seit Jahren versäumt hat, dies zu tun.

Viertens, es den Kosovo-Serben und den mehrheitlich serbischen Gemeinden im Kosovo ohne eine solche schlecht definierte Einheits-ASM an grundlegenden Minderheitenrechten und einer sinnvollen lokalen Selbstverwaltung mangelt. In Wirklichkeit hat eine Gemeinde mit serbischer Mehrheit heute viel mehr Rechte als Gemeinden in fast jedem anderen europäischen Land, einschließlich des Rechts, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen zu verwalten, serbische Lehrpläne zu verwenden, finanzielle Unterstützung von Serbien zu erhalten, einen

Gemeindeverband zu bilden und interkommunale Zusammenarbeit zu betreiben. Diese Rechte gibt es bereits.

Und fünftens, das Kosovo bestraft werden muss, weil es „noch keine Vereinigung von Gemeinden mit serbischer Mehrheit gibt“, und dass ihm der Beitritt zu Europas wichtigster Menschenrechtsorganisation verwehrt werden sollte.



Aleksandar Vucics Stil der politischen Argumentation

Das war ein Meisterwerk der politischen Hypnose. Man kann nur hoffen, dass keine europäische Regierung im Ministerkomitee darauf hereinfällt. Den Beitritt des Kosovo wegen einer gescheiterten Jagd nach einem politischen Einhorn zu blockieren, wäre ein Tiefpunkt in der Geschichte dieser Institution.

Mit freundlichen Grüßen

Gerald Knaus

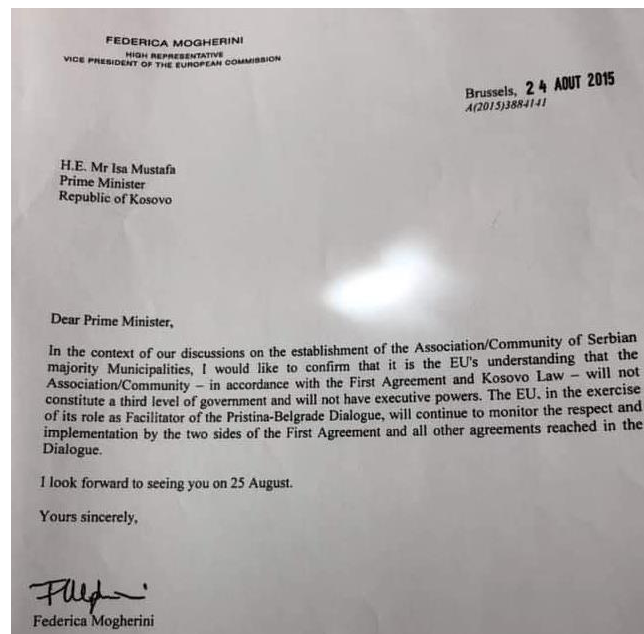


Fantastische Tierwesen – Vucics ASM: etwas, das nirgendwo existiert

MEHR: Was Gemeindeverbände (nicht) sind

Im April 2013 verpflichteten sich beide (!) Parteien im ersten Abkommen, das in Brüssel zwischen Kosovo und Serbien geschlossen und im Juni desselben Jahres vom kosovarischen Parlament ratifiziert wurde, auf ein Ziel: „*Es wird eine Assoziation/Gemeinschaft der Gemeinden mit serbischer Mehrheit im Kosovo geben.*“ Und: „*Die Strukturen der Assoziation/Gemeinschaft werden auf der gleichen Grundlage wie das bestehende Statut der Assoziation der kosovarischen Gemeinden aufgebaut ...*“

Im August 2015 schrieb die Hohe Vertreterin der EU, Federica Mogherini, einen Brief, um zu erklären, wie die Europäische Union den im ersten Abkommen von 2013 erwähnten ASM versteht: Er „wird keine Exekutivbefugnisse haben“.



Im Dezember 2015 fällte das kosovarische Verfassungsgericht ein Urteil über die ASM und berief sich dabei auf Artikel 12 der kosovarischen Verfassung, in dem die Gemeinden als „die grundlegende territoriale Einheit der lokalen Selbstverwaltung in der Republik Kosovo“ definiert werden:

„Darüber hinaus stellt der Gerichtshof fest, dass ... der Rechtsakt und das Statut der Vereinigung/Gemeinschaft den Status der teilnehmenden Gemeinden als Grundeinheiten der demokratischen kommunalen Selbstverwaltung im Sinne von Artikel 12 und Kapitel X der Verfassung weder ersetzen noch aushöhlen können.“

Im Januar 2023 [schrieben](#) der Berater des US-Außenministeriums, Derek Chollet, und der US-Sondergesandte für den westlichen Balkan, Gabriel Escobar, [über die ASM](#):

„**Was würde die Gemeinschaft nicht sein?** Sie würde der Regierung des Kosovo keine neuen exekutiven und legislativen Befugnisse übertragen. Dieser wichtige Grundsatz geht auf den Vorschlag von Ahtisaari zurück. Die Gemeinden arbeiten bei der gemeinsamen Verwaltung der Zuständigkeiten im Rahmen der legitimen Institutionen und Strukturen des Kosovo zusammen. Bestimmte Gemeinden können ihre Befugnisse, die sie bereits haben, wirksamer ausüben ... “

„**Wie würde die Gemeinschaft aussehen?** Gemeinden mit gemeinsamen Interessen, gemeinsamer Sprache und Kultur könnten effektiver zusammenarbeiten, um gemeinsame Herausforderungen bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu lösen, und zwar durch Größenvorteile und den Austausch bewährter Verfahren. So könnten die Gemeinden beispielsweise Lehrpläne und Programme in serbischer Sprache für die örtlichen Schulen in einigen Gemeinden entwerfen, anstatt in einem Vakuum zu arbeiten und doppelte Arbeit zu leisten.“

Im Februar/März 2023 tauchen im sogenannten [Brüssel/Ohrid-Abkommen](#) die Worte *Assoziation oder Gemeinschaft der Gemeinden mit serbischer Mehrheit* nicht auf. Auch hier verpflichten sich beide (!) Parteien, „ein *angemessenes Maß an Selbstverwaltung* für die serbische Gemeinschaft im Kosovo und die Fähigkeit zur Erbringung von Dienstleistungen in bestimmten Bereichen zu gewährleisten, einschließlich der *Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung durch Serbien*.“

Im Dezember 2023 [wiederholte](#) der US-Botschafter im Kosovo, Jeffrey [Hovenier](#):

„Die Position der USA ist klar. Wir glauben, dass der Verband der Gemeinden mit serbischer Mehrheit mit der aktuellen Verfassung des Kosovo und der Entscheidung des Verfassungsgerichts übereinstimmen sollte, dass er nicht die dritte Regierungsebene sein sollte und dass er keine Exekutivbefugnisse haben sollte. Wir wollen keine weitere Republika Srpska, wir wollen nichts, was sich negativ auf das gute Funktionieren des Staates Kosovo auswirken würde.“

Am 22. März 2024 verpflichtete sich die Staatsführung des Kosovo [in der Liste der Verpflichtungen für die Zeit nach dem Beitritt](#), „*substanzielle und greifbare Schritte* zu unternehmen, um alle Artikel des Brüsseler Abkommens und des Abkommens von Ohrid umzusetzen, wozu auch die schnellstmögliche Gründung des *Verbands der Gemeinden mit serbischer Mehrheit* gehört“.



[Der große Vermittler und sein Preis](#)

MEHR: Marttis Vermächtnis

Am 17. Februar 2008 erklärten 109 Abgeordnete des kosovarischen Parlaments:

„Wir, die demokratisch gewählten Führer unseres Volkes, erklären hiermit das Kosovo zu einem unabhängigen und souveränen Staat. Diese Erklärung spiegelt den Willen unseres Volkes wider und steht in *vollem Einklang mit den Empfehlungen des UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari und seinem umfassenden Vorschlag für die Regelung des Status des Kosovo ...*“

Diese Erklärung bezog sich auf den [umfassenden Vorschlag von Martti Ahtisaari](#), der die folgenden Punkte zur Dezentralisierung und Selbstverwaltung enthielt, die inzwischen in die Verfassung und die Gesetzgebung des Kosovo aufgenommen wurden:

„Der Vorschlag konzentriert sich insbesondere auf die spezifischen Bedürfnisse und Anliegen der kosovo-serbischen Gemeinschaft, die ein hohes Maß an Kontrolle über ihre eigenen Angelegenheiten haben soll. Zu den Dezentralisierungselementen gehören unter anderem: erweiterte kommunale Kompetenzen für kosovo-serbische Mehrheitsgemeinden (wie in den Hauptbestimmungen des umfassenden Vorschlags für die Kosovo-Statusregelung in den Bereichen sekundäre Gesundheitsversorgung und Hochschulbildung); weitreichende kommunale Autonomie in finanziellen Angelegenheiten, einschließlich der Möglichkeit, transparente Finanzmittel von Serbien zu erhalten; Bestimmungen über interkommunale Partnerschaften und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit serbischen Institutionen; und die Einrichtung von sechs neuen oder deutlich erweiterten kosovo-serbischen Mehrheitsgemeinden.“

„Auf der Grundlage der Grundsätze der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung sind die Gemeinden berechtigt, mit anderen Gemeinden des Kosovo zusammenzuarbeiten und Partnerschaften zu bilden, um Aufgaben von gemeinsamem Interesse im Einklang mit dem Gesetz wahrzunehmen.“

Kommunale Aufgaben im Bereich der eigenen und erweiterten Zuständigkeiten können durch kommunale Partnerschaften wahrgenommen werden, mit Ausnahme der Ausübung grundlegender kommunaler Befugnisse ...

Kommunale Partnerschaften können alle Maßnahmen ergreifen, die zur Umsetzung und Ausübung ihrer funktionalen Zusammenarbeit erforderlich sind, unter anderem durch die Einrichtung eines Entscheidungsgremiums ... Die Entscheidungen und Aktivitäten der Partnerschaft unterliegen der Berichtspflicht gegenüber der zuständigen Zentralbehörde ...

Auf der Grundlage der Grundsätze der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung sind die Gemeinden berechtigt, einen Verband der Gemeinden des Kosovo zum Schutz und zur Förderung ihrer gemeinsamen Interessen im Einklang mit dem Gesetz zu bilden und sich daran zu beteiligen.

Die Mitgliedschaft in solchen Verbänden ist auf die Gemeinden des Kosovo beschränkt. Diese Verbände können mit ihren internationalen Pendanten zusammenarbeiten. Diese Verbände können ihren Mitgliedern eine Reihe von Dienstleistungen anbieten, darunter Schulungen, Kapazitätsaufbau, technische Unterstützung, Forschung im Zusammenhang mit kommunalen Kompetenzen und politische Empfehlungen.

Die Gemeinden sind vorbehaltlich der folgenden Bestimmungen berechtigt, Finanzhilfe von der Republik Serbien zu erhalten: Jegliche finanzielle Unterstützung der Gemeinden des Kosovo durch die Republik Serbien ist in ihrer Zweckbestimmung auf

die Wahrnehmung der Aufgaben einer Gemeinde in ihren eigenen Zuständigkeitsbereichen beschränkt und wird transparent und öffentlich gemacht.

Die Gemeinden können finanzielle Unterstützung von der Republik Serbien **über Konten bei Geschäftsbanken erhalten, die von der Zentralen Bankbehörde des Kosovo zertifiziert sind.** Alle Einnahmen werden dem zentralen Schatzamt gemeldet. **Gemeinden, die finanzielle Unterstützung von der Republik Serbien erhalten, müssen diese Unterstützung zusammen mit den entsprechenden Ausgaben in ihrem Gemeindehaushalt ausweisen ...“**

Die Europäische Stabilitätsinitiative wird von der Stiftung Mercator unterstützt

STIFTUNG
MERCATOR